

TELEKOMMUNIKATION

Millionenklage gegen Telekom?

Das Management der Deutschen Telekom AG soll über Jahre Verbraucher, Kunden und Aufsichtsbehörden mit doppelten Abrechnungen betrogen haben. Volumen: ein dreistelliger Millionenbetrag. Das behauptet zumindest eine Strafanzeige, die bei der Staatsanwaltschaft in Bonn eingereicht wurde. Die Anzeigerstatter werfen dem Unternehmen um Telekom-Chef René Obermann vor, es habe sich umlagefähige Kosten für den Aufbau und die Pflege ihrer Kundendatenbanken gleich mehrfach erstatten lassen. So seien die Beträge einmal über die normalen Gebühren für den sogenannten Teilnehmeranschluss auf Millionen Telefonkunden abgewälzt worden. Zugleich habe sich das Unternehmen die Summen von Wettbewerbern bezahlen lassen, die für ihr Telefongeschäft auf Daten der Telekom angewiesen sind. Als Beleg liegen der Anzeige interne Telekom-Zahlen bei, die der Konzern zur Überprüfung seiner Gebühren bei der Bundesnetzagentur eingereicht hat. Diese Berechnungen, so die Anzeigerstatter Klaus Harisch und Peter Wunsch, seien nachweisbar fingiert. Damit ergebe sich der Verdacht des „gewerbsmäßigen Betrugs“. Seit Jahren schon streiten die beiden Gründer diverser Auskunftsdienste mit der Telekom über fehlerhafte Abrechnungen und haben mehrere Zivilverfahren bestritten. Dabei wurde die Telekom zu Rückzahlungen von insgesamt mehr als 80 Millionen Euro verurteilt. Die Telekom weist die Vorwürfe zurück. Die Staatsanwaltschaft prüft die Anzeige.



Obermann

JUERGEN SCHWARZ

VERSICHERUNGEN

Ausländer als „unerwünschtes Risiko“

Jahrelang soll der Versicherer Ergo Ausländern Auto-Policen verweigert haben. Dem SPIEGEL liegen eidesstattliche Versicherungen von einstigen Vertretern der Ergo-Tochter D.A.S. vor, wonach potentielle Kunden aus Ländern wie Italien, Polen oder Russland mindestens bis Anfang 2010 intern als „unerwünschtes Risiko“ galten. „Türken waren als Kunden besonders unerwünscht“, so die früheren Versicherungsvertreter. Das Unternehmen habe sofort reagiert, wenn der Antrag eines Kunden mit ungewöhnlichem Namen eingereicht worden sei, und habe dann eine schriftliche Begründung des Agenten verlangt. Selbst beim Vorliegen der deutschen Staatsbürgerschaft sei der Kunde nur in Ausnahmefällen angenommen worden. Diese Praxis sei jedoch nur mündlich mitgeteilt worden. Im Auszug aus einem internen Prüfkonzept von 2006 ist trotzdem von einer „Kasko für Italiener“ zu lesen. Dieses Papier sei nur ein Entwurf gewesen, der so nie zum Einsatz gekommen sei, erklärt ein Ergo-Sprecher. „In unseren Kfz-Tarifen gibt es seit 1995 keine Zuschläge oder Ähnliches, was an die Nationalität des Kunden geknüpft ist. Eine Auswertung unseres Bestandes ‚Deutsche vs. andere Nationalitäten‘ zeigt keine Ungleichbehandlung.“

BAYERN LB

Ein halbes Dutzend Beschuldigte

Die Affäre um den umstrittenen Verkauf eines BayernLB-Pakets an der Formel 1 Anfang 2006 wächst sich aus: Neben dem früheren Bankvorstand Gerhard Gribkowsky und dem Formel-1-Chef Bernie Ecclestone führt die Münchner Staatsanwaltschaft nun gut ein halbes Dutzend Vertraute und Berater aus dem Umfeld der beiden Ex-Geschäftspartner als Beschuldigte. Ecclestone verdächtigen die Behörden der Bestechung und Beihilfe zur Untreue. Gegen Gribkowsky wurde vergange-

ne Woche Anklage unter anderem wegen Untreue und Bestechlichkeit erhoben. Der seit Anfang Januar inhaftierte Ex-Banker hat inzwischen seinen Anwalt gewechselt. Er wird jetzt von dem Kölner Strafrechtler Rainer Brüssow vertreten. Sowohl Gribkowsky als auch Ecclestone haben die Anschuldigungen zurückgewiesen.



Gribkowsky, Ecclestone mit Töchtern

DDP IMAGES / AP

EINZELHANDEL

Metro will in die nächste Instanz

Im Streit zwischen dem Media-Markt-Gründer Erich Kellerhals und dem Mehrheitseigentümer der Media-Saturn-Holding, der Metro AG, zeichnet sich kein Kompromiss ab. Die Metro plant, nach der vorläufigen juristischen Niederlage vor dem Landgericht Ingolstadt die nächste Instanz anzurufen. Hintergrund des Streits ist eine Passage des Gesellschaftervertrags und die Frage, ob Kellerhals seine Sperrminorität behalten kann, obwohl die Metro 75 Prozent an der Media-Saturn-Holding besitzt. Der dominierende Konzern will eine schnelle Klärung, da „die Lage bei Metro-Saturn sehr ernst“ sei. Seit 2007 stagniere der Gewinn der Elektronikketten trotz steigender Umsätze bei rund 600 Millionen Euro.